

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan    Telefon (075) 232 42 42    Fax Redaktion (075) 232 29 12    Fax Inserate (075) 232 95 46    Amtliches Publikationsorgan    90 Rp.

## AKTUELL

### TCS gegen Sonderfinanzierung mit Treibstoffzöllen

(AP) Eine befristete Erhöhung des Benzinpreises zur Neut-Finanzierung kommt für den Touring Club der Schweiz (TCS) nun doch nicht in Frage. Wie der grösste Schweizer Verkehrsclub mitteilte, sprach sich sein Verwaltungsrat gestern gegen eine Sonderfinanzierung der Neut mittels Treibstoffzöllen aus. Prüfwert ist für den TCS der Vorschlag, einen Investitionsfonds für den öffentlichen Verkehr einzurichten.

### Chilenischer Präsident kommt in die Schweiz

Bern (AP) Der chilenische Staatspräsident Eduardo Frei besucht in der kommenden Woche die Schweiz. Am Donnerstag wird er in Bern von Bundespräsident Villiger sowie den Bundesräten Delamuraz und Cotti empfangen, wie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gestern mitteilte. Frei wird sich während seines Besuchs auch nach St. Gallen begeben. Vorgesehen ist auch eine Fahrt nach Nesslau (SG), wo Freys Schweizer Vorfahren heimatberechtigt waren.

### Schweiz prüft Zulassung von Road Pricing-Systemen

Bern (AP) Der Bund klärt die Zulassung der sogenannten Road Pricing-Systeme in der Schweiz ab. Diese Systeme zur verursachergerechten Verteuerung der Strassenbenützung gingen aus verkehrspolitischer Sicht grundsätzlich in die richtige Richtung, schreibt der Bundesrat zu einer Motion von Peter Vollmer (SP/BE). Unter Road Pricing ist die Erhebung einer Abgabe für die Benützung einer Strasse zu verstehen.

### Dollar legt mehr als zwei Rappen zu

Zürich/Frankfurt (AP) Der Dollar hat an den internationalen Devisenmärkten zum Wochenschluss deutlich zugelegt. Gegen den Franken stieg sein Wert gestern Abend um mehr als zwei Rappen, und auch gegen die deutsche Mark und den japanischen Yen wurde er stärker. Der Frankenkurs ermässigte sich auch gegen andere wichtige Währungen etwas. Der Wert des Dollar kletterte im Zürcher Schlussgeschäft auf 1,1780 Franken, 1,4135 D-Mark und 91,25 Yen. Am Vortag waren für den Dollar 1,1570 Franken, 1,3920 Mark und 90,75 Yen bezahlt worden.

## LANV zum EWR: «Zu Tode gefürchtet ist auch gestorben»

Delegiertenversammlung des Arbeitnehmersverbandes (LANV) gestern Abend in Ruggell – Ehrung verdienter Verbandsmitglieder

(G.M.) – Der Liechtensteinische Arbeitnehmersverband (LANV) befasste sich an seiner Delegiertenversammlung, die gestern Abend im Gemeindefaal in Ruggell durchgeführt wurde, neben den statutarischen Geschäften auch mit dem EWR-Beitritt Liechtensteins. LANV-Präsidentin Alice Fehr meinte in ihrem Jahresbericht, jede Entscheidung habe Vor- und Nachteile, aber es gelte auch der Spruch: «Zu Tode gefürchtet ist auch gestorben». Dies könne nicht die Zukunft unseres Landes sein. Die LANV-Delegierten nahmen auch zwei Ehrungen vor. Der frühere Präsident Alfons Schädler wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt, der langjährige Sekretär Eugen Büchel zum Ehrenmitglied.



Delegiertenversammlung des LANV gestern Abend in Ruggell: von links Sekretär Albert Jehle, Präsidentin Alice Fehr, Zentralkassier Karl Wohlwend (verdeckt) und Vizepräsident Peter Hoop. (Bild: Alfons Kieber)

Der Jahresbericht der Präsidentin umfasste eine Übersicht über die Gesamtarbeitsverträge, eine Stellungnahme zu den Mindestlohnrichtlinien und zur Arbeitslosigkeit sowie einen Überblick über die verschiedenen Tätigkeiten auf Verbands- und Sektionsebene. Nach Angaben von Alice Fehr konnte im vergangenen Dezember der Gesamtarbeitsvertrag mit der nichtmetallverarbeitenden Industrie unterzeichnet werden, der nach dem EWR-Beitritt Liechtensteins in Kraft treten soll. Ein Gesamtarbeitsvertrag mit den Reinigungsunternehmen liege zur Unterschrift vor, während der Abschluss einer gesamtarbeitsvertraglichen Vereinbarung mit den Zahnärzten in Verzug ge-

raten sei. In Überarbeitung befindet sich der Gesamtarbeitsvertrag mit dem Gastgewerbe. Obwohl es praktisch jährlich zu neuen Gesamtarbeitsverträgen kommt, fehlen solche Vereinbarungen nach Auskunft der LANV-Präsidentin noch mit diversen Verwaltungs- und Dienstleistungssparten, mit den Banken, dem fleischverarbeitenden Gewerbe, den Sä-

gereien und dem Holzimportgewerbe. Bei den Mindestlohnrichtlinien sind vom LANV Begehren für verschiedene Branchen an die Regierung gestellt worden, um den Teuerungsausgleich zu gewährleisten. Diese Regelung bezeichnete die LANV-Präsidentin als Behelfslösung, die für den Verband keine akzeptable Lösung darstelle. Der LANV wird

daher erneut versuchen, eine gesetzliche Regelung der Mindestlohnrichtlinien zu erlangen. Nach Auffassung der LANV-Präsidentin handelt es sich um fragwürdige Gegenargumente wie «freie Marktwirtschaft und Erhaltung der freien Marktwirtschaft», die gegen die angelegte Gesetzesregelung vorgebracht würden.

Am Schluss ihres Jahresberichtes kam Alice Fehr auf die Integrationspolitik zu sprechen. Der LANV habe sich eingehend mit dieser Frage befasst und schon 1992 sei der Zentralvorstand zur Überzeugung gelangt, dass «die EWR-Lösung für uns eher verkraftbar sei als ein EU-Beitritt mit der Schweiz». Auch Wirtschaftsminister Dr. Michael Ritter, der nach den Grussworten des Ruggeller Vorstehers Anton Hoop zu den LANV-Delegierten sprach, befasste sich mit der EWR-Problematik. Beim EWR gehe es um mehr als um reine Wirtschaftsfragen, meinte er und erklärte, dass Liechtenstein eine vernünftige Integrationslösung brauche. Gegenüber dem vorgeschlagenen Weg der Regierung mit «EWR und Zollvertrag» gibt es nach seiner Ansicht keine brauchbare Alternative. Den Arbeitnehmern erklärte er auch, dass der EWR Vorteile in Bezug auf die Sicherheit am Arbeitsplatz biete und versuchte die Befürchtungen vor Lohnbussen zu zerstreuen: Wenn es der Wirtschaft gut gehe, dann seien keine Einbussen zu befürchten.

## Ab Ostern 1996 gibt es mehr Fernsehprogramme in Liechtenstein

Nach Inkrafttreten des Finanzbeschlusses sind Arbeiten zum Projekt LGGA 2000 Telecom angelaufen – Grosses TV-Angebot mit 48 Sendern

(s.e.) – Auf Ende Januar ist gemäss kürzlich veröffentlichtem Landesgesetzblatt Nr. 6 der vom Landtag in der letzten Dezembersitzung 1994 genehmigte Finanzbeschluss in der Höhe von 1 492 709 Franken zur Realisierung des Projektes LGGA 2000 Telecom auf Ende Januar 1995 in Kraft getreten. Wie der Präsident der LGGA-Genossenschaft, Othmar Oehri, uns auf Anfrage mitteilte, sind inzwischen ebenfalls die Planungsarbeiten angelaufen und wenn nichts Ausserordentliches dazwischen kommt, können die LGGA-Abonnenten in rund einem Jahr mit einem wesentlich vergrösserten und qualitativ verbesserten TV- und Radio-Programmangebot rechnen.

Neben dem Land sind derzeit neun Gemeinden (ohne Eschen und Mauren) Genossenschafter der Liechtensteinischen Grossgemeinschaftsantennenanlage, die 1976 gegründet wurde und zwei Jahre später ihren Betrieb aufgenommen hat. Die Anlage war ursprünglich für acht TV- und 12 UKW-Programme konzipiert worden und nach zwei Erweiterungen auf den heutigen Stand (24 TV-Programme, 24 UKW-Programme, 16 DRS-Programme, 1 TV-Gemeindekanal pro Gemeinde) sind die Ausbaumöglichkeiten der bestehenden Anlage heute praktisch ausgeschöpft.

### Verbesserte technische Strukturen

Im Zusammenhang mit dem Projekt LGGA 2000 Telecom wird nun ein Grossteil der Empfangseinrichtungen und Aufbereitungseinheiten zur Vaduzer Telefonzentrale verlegt. Vorgesehen ist ferner die Erweiterung der Bandbreite auf 600 MHz, was künftig den Empfang von 48 TV-Programmen ermöglichen soll. Gemäss Othmar Oehri werden dies etwa 26 bis 27 deutschsprachige Sender sein, der Rest wird via Satellit aus dem fremdsprachigen Ausland kommen. Mit der Fertigstellung der Arbeiten rechnet Othmar Oehri zu Ostern 1996. Die Aufschaltung des erweiterten Programmangebotes, darunter terrestrische und digitale Radioprogramme, werde aber bereits zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen. Neben dem Ausbau des Programmangebotes für Fernseh- und Radio sieht das Projekt LGGA 2000 Telecom den Sprung von der alten Koaxialkabeltechnik zur

neuen Glasfasertechnik vor. Die Signalverteilung zu den Genossenschaftsgemeinden erfolgt via Glasfaserkabel, welches sich im Eigentum des Landes befindet. Zusammen mit der Verlegung der Kopfstation aus dem Alpengebiet Gaflei/Sücca nach Vaduz soll damit eine massive Verbesserung der Zuverlässigkeit erreicht werden.

### Projektkosten 4 Mio. Franken

Aufgrund dieser Tatsache und aufgrund dessen, dass die Empfangsmöglichkeiten und Übertragungstechniken (mehr Programme ab Satellit) geändert haben, das Programmangebot gestiegen ist und neue Übertragungsnormen entstehen, musste von der LGGA diese Weiterentwicklung ins Auge gefasst werden. Die Genossenschafter haben Anfangs November 1994 in einer ausserordentlichen Generalversammlung, nach Überprüfung verschiedener Varianten, dem Projekt LGGA 2000 Telecom einstimmig ihre Zustimmung gegeben. Die Notwendigkeit des Projektes wurde nicht in Frage gestellt, hingegen blieb bis zu jenem Zeitpunkt die Frage nach der Aufteilung

der Kosten noch offen. Die Gesamtkosten des Projektes LGGA 2000 belaufen sich auf ca. 4 Mio. Franken. Es ist vorgesehen, dass die Genossenschaftsgemeinden für die Differenz zwischen dem nunmehr gewährten Kredit des Landes und den geschätzten Gesamtkosten aufkommen. Der Landeskredit stammt aus einem von der LGGA verwalteten Fond und muss binnen sieben Jahre dem Land zurückerstattet werden.

### Stärkere finanzielle Beteiligung gefordert

Die Delegierten haben seinerzeit eine stärkere finanzielle Beteiligung des Landes gefordert und sind mit dieser Forderung auch an die Regierung herangetreten. Insbesondere ging es um eine finanzielle Unterstützung aus dem Medienfonds oder in Form einer Beteiligung an den Betriebs- und Investitionskosten. Die Regierung hat eine weitere finanzielle Beteiligung des Landes aber abgelehnt. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, dass die Kosten der LGGA grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip gedeckt werden sollen.

## Schlussdeklaration für den Sozialgipfel steht weitgehend

Morgen spricht Liechtensteins Regierungschef Dr. Mario Frick vor dem Plenum des Weltsozialgipfels

Zum Abschluss des Kopenhagener Weltsozialgipfels kommt es heute und morgen zum Treffen der Staats- und Regierungschefs, an welchem auch Liechtensteins Regierungschef Dr. Mario Frick teilnimmt, der sich morgen mit einer Ansprache an das Plenum wenden wird. Bereits am Mittwoch sprach seitens der liechtensteinischen Delegation UNO-Botschafterin Claudia Fritsche, die sich in ihren Ausführungen vor allem mit der Selbstbestimmung der Frauen sowie der Verbesserung ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung befasste.

(AP) Gestern haben rund 1000 Menschen gegen den Sozialgipfel der Vereinten Nationen in der dänischen Hauptstadt demonstriert. Die Kundgebungsteilnehmer riefen zum Kampf gegen die neue Weltordnung auf und erklärten in Sprechchören: «Der Gipfel ist antisozial.» Die Weltbank wurde aufgefordert, sich für den Schuldenerlass armer Länder einzusetzen. Die Demonstration verlief friedlich.

### Auf Formulierungen geeinigt

Die Delegierten aus 193 Ländern haben sich bereits weitgehend auf die Formulierungen für das Abschlussdokument geeinigt. Dabei wurden jedoch die teilweise hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllt. Der deutsche Botschafter Gerhard Henze sprach gestern von einem ausgewogenen Dokument zwischen nationalen und internationalen Verpflichtungen. Auf eine verbindliche Ausweitung der Entwicklungshilfe konnten sich die Diplomaten jedoch nicht einigen.

Bei ihren Beratungen bis in den frühen Freitagmorgen hinein erreichten die Vertreter von reichen und armen Ländern lediglich einen allgemeinen, an Regie-

rungen und private Kreditgeber gerichteten Aufruf, mehr Geld für soziale Entwicklung zur Verfügung zu stellen. Die USA behielten sich ihre Zustimmung allerdings vor, womit der Beschluss noch fraglicher wurde. Henze hob jedoch hervor, dass sich das Thema Menschenrechte durchgängig durch die Deklaration ziehe, die morgen von 122 Staats- und Regierungschefs unterzeichnet werden soll. Auch wenn der rechtliche Rahmen noch umstritten sei, stünden die wichtigsten Themen eindeutig in dem Text: Zum Beispiel die Aufforderung, die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz von Arbeitnehmern zu ratifizieren und umzusetzen. Die Unterzeichnerstaaten seien aufgefordert, die verschiedenen Programme der Vereinten Nationen zur Gesundheits- und Erziehungsförderung zu unterstützen, erklärte Henze.

## Schweiz: Ab 2010 Engpässe beim Strom

Bern (AP) Ab dem Jahr 2010 könnten in der Schweiz nach Einschätzung der Internationalen Energieagentur IEA Lücken in der Elektrizitätsversorgung entstehen. Die IEA empfiehlt dem Departement Ogi, rechtzeitig für Nachschub zu sorgen, wie IEA-Exekutivdirektor Robert Priddle gestern in Bern erklärte. Dem Aktionsprogramm «Energie 2000» erteilt die IEA gute Noten.

Die Energieversorgung in der Schweiz sei nicht einfach, sagte Priddle. Denn die Schweiz sei vollständig von ausländischem Erdöl abhängig. Ausserdem steige der Elektrizitätsverbrauch immer noch an. Die Stabilisierung der Stromnachfrage werde mittel- und längerfristig schwierig werden. Die Energieagentur erinnert daran, dass alle fünf Kernkraftwerke in der Schweiz zwischen 2010 und 2025 eine Laufzeit von 40 Jahren erreicht haben werden.